



Nr. 314 | 05.09.2023

Polen-Analysen

Die Bildungspolitik der PiS

■ ANALYSE	
Das polnische Bildungswesen nach acht Jahren PiS-Regierung: strukturelle Veränderungen und ideologische Konfrontation	2
Jacek Lepiarz, Deutsche Welle, Warschau	
■ STATISTIK	
Anzahl der Schulen, Schüler/innen und Lehrerstellen in Polen	7
Polen: Ergebnisse der PISA-Studie 2000 bis 2018	9
<hr/>	
■ CHRONIK	
4. Juli – 4. September 2023	10

Das polnische Bildungswesen nach acht Jahren PiS-Regierung: strukturelle Veränderungen und ideologische Konfrontation

Jacek Lepiarz, Deutsche Welle, Warschau

DOI: 10.31205/PA.314.01

Zusammenfassung

Seit Jahren wird in Polen kontrovers über den Bereich der Bildung diskutiert. Im Unterschied zu Deutschland, wo die Schulkompetenz bei den Bundesländern liegt, hat Polen ein zentralistisches Schulsystem: Die Entscheidungen des Bildungsministers betreffen das ganze Land. Nachdem Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) 2015 die Regierungsverantwortung übernommen hatte, löste sie die seit 1999 gültige dreigliedrige Schulstruktur (Grund-, Mittel- und Oberschule) auf. Dies stieß auf deutliche Kritik, waren doch z. B. die Leistungen polnischer Schüler in der PISA-Studie in jener Zeit erfolgreich. Die nationalkonservative *PiS* ebnete den Weg auch für eine ideologische Offensive, die den Patriotismus der jungen Generation stärken soll. In letzter Zeit forcierte das Regierungslager mit dem »Lex-Czarnek« (nach dem Bildungsminister Przemysław Czarnek) weitere Neuerungen, etwa eine strikte Kontrolle über die Tätigkeit von NGOs an Schulen (gegen »Sexualisierung der Kinder und Jugendlichen«) und die Einführung eines kontroversen Lehrbuches für das neu eingerichtete Fach Geschichte und Gegenwart. Zu wenig tut die Regierung dagegen, um dem eklatanten Lehrermangel und den niedrigen Einkommen im Bildungswesen zu begegnen, so die Meinung der Gewerkschaften.

Die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) betrachtete das Bildungswesen von Anfang an als einen der Schlüsselbereiche für die Konfrontation mit dem liberal und links eingestellten politischen Spektrum. Das von Jarosław Kaczyńskis Partei 2014 verabschiedete Programm – ein Jahr vor ihrem Doppelsieg in den Parlaments- und den Präsidentschaftswahlen – kündigte offen Veränderungen in der Struktur des Schulsystems, die Einführung konservativer Inhalte in die Lehrpläne sowie die Betonung der erzieherischen Aufgaben im Einklang mit dem von der *PiS* vertretenen Modell des Patriotismus an.

»Es ist offensichtlich, dass die Einführung der Mittelschule [poln. *gimnazjum*, 7. bis 9. Klasse, d. Übers.] ein Fehler war. Das Konzept der Mittelschule war nicht durchdacht. Weder die ernsthaften Erziehungsprobleme noch die Schwierigkeiten in den Lehrplänen wurden vorhergesehen: Es war nicht klar, welche Rolle die Mittelschule im Bildungsprozess hat und in welchem Verhältnis das Lehrpensum in der Mittelschule und der Oberschule [poln. *liceum*, 10. bis 12. Klasse mit Abschluss Abitur, d. Übers.] stehen soll«, heißt es im Programm der *PiS*, die im Herbst 2015 die Parlamentswahlen gewann und eine Regierung unter der Führung von Beata Szydło bildete.

»Es besteht daher die Notwendigkeit, die Oberschule auf vier Jahre zu verlängern und gleichzeitig die Mittelschule aufzulösen«, stellten die Autoren des Parteiprogramms fest und kündigten die Rückkehr zur achtjährigen Grundschule (poln. *szkoła podstawowa*) und

vierjährigen Allgemeinbildenden Oberschule (poln. *liceum ogólnokształcące*) bzw. fünfjährigen Technischen Oberschule (poln. *technikum*) an.

Das Bildungsgesetz vom 14. Dezember 2016 setzte die Ankündigungen aus dem Wahlkampf der *PiS* um. Die von der damaligen Bildungsministerin Anna Zalewska vorbereitete Reform trat am 1. September 2017 in Kraft. Hatten die durchgeführten Änderungen des Schulsystems einen positiven Einfluss auf die Arbeit der Schulen und das Niveau der Lehre? Aus den Informationen des Pressebüros im Ministerium für Bildung und Wissenschaft geht hervor, dass dem Ressort auch nach sechs Jahren keine Gesamtanalyse zu den Folgen der Reform vorliegt.

Die Lehrgewerkschaft kritisiert die Abschaffung der Mittelschulen

»Ich sehe keine positiven Effekte dieser Reform, die man eher als »Deform« bezeichnen sollte«, urteilte der Vizevorsitzende des Gesamtvorstands der Polnischen Lehrgewerkschaft (*Związek Nauczycielstwa Polskiego – ZNP*), Krzysztof Baszczyński. Seiner Einschätzung nach war die Abschaffung des seit 1999 bestehenden Schulsystems (sechsjährige Grundschule, dreijährige Mittelschule und dreijährige Oberschule), das die polnischen Schüler zu sehr guten Ergebnissen in den Rankings der PISA-Studie geführt hatte, ein undurchdachter und nicht nachvollziehbarer Schritt.

Die positive Beurteilung des einstigen Schulsystems wird von der Statistik bestätigt. In der PISA-Studie 2018 ließen die polnischen Schüler der Mittelschule

im Bereich mathematische Kompetenz alle in der Europäischen Union außer den jungen Esten hinter sich. Im Bereich Lesekompetenz belegten die polnischen Jugendlichen Platz 4 in der Europäischen Union und im Bereich naturwissenschaftliches Verständnis Platz 3. In allen drei untersuchten Bereichen lagen die Ergebnisse der polnischen Schüler über dem Durchschnitt der Länder der *OECD* (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, engl. *OECD*) und gehörten zur globalen Spitze.

Im April 2023 schrieb die deutsche Tageszeitung *Die Welt*, dass die Deutschen viel von den Polen lernen können. Im Vergleich mit Deutschland und anderen Industrieländern gebe Polen wenig für die Bildung aus und trotzdem erzielten die polnischen Schüler hervorragende Ergebnisse, die seit Jahren besser würden, so die Einschätzung des in *Die Welt* angeführten PISA-Koordinators Andreas Schleicher, der das Direktorat für Bildung der *OECD* führt.

Seiner Meinung nach war die Hauptursache für die Erfolge der polnischen Schüler die Schulreform des Jahres 1999, vor allem die Einrichtung der Mittelschule. Die Aufhebung dieser Reform könne zu einer deutlichen Verschlechterung der Ergebnisse führen, sagte der Zeitung *Die Welt* der Bildungsforscher der Universität Warschau, Tomasz Gajderowicz.

»Die von den Befürwortern der Umstrukturierung hervorgebrachten Argumente, dass es in den Mittelschulen häufig zu Gewalt älterer Schüler gegen jüngere komme, treffen nicht zu. Die Situation, wenn Erstklässler und 14-jährige Achtklässler am selben Ort sind, ist keinesfalls besser«, sagte Baszczyński von der Polnischen Lehrgewerkschaft.

Er erinnerte daran, dass seine Gewerkschaft ein Referendum zur Reform durchführen wollte, um das Argument zu entkräften, dass die Mehrheit der Eltern die Rückkehr zum alten Schulsystem vor 1999 wolle. »Wir haben eine Million Unterschriften gesammelt, aber der Sejm hat unsere Aktion blockiert«, erklärte der Vizevorsitzende der *ZNP*.

Das Gesetz gegen »Sexualisierung« und Nichtregierungsorganisationen

Die Änderung des Schulsystems war eines von vielen Instrumenten, das den polnischen Nationalkonservativen die Kontrolle über die Bildung der Jugend sichern sollte. Die Befugnisse der Leiter der Schulaufsichtsbehörden (poln. *kurator*) zu stärken und den Zugang zu den Schulen denjenigen Organisationen und Vereinen zu verweigern, die nicht der *PiS*-Ideologie entsprechen, waren seit langem die Ziele von Bildungsminister Przemysław Czarnek, der Anna Zalewska im Oktober 2020 im Ministeramt ablöste.

Obwohl Präsident Andrzej Duda zweimal sein Veto gegen das sog. *Lex Czarnek* einlegte, weil ihn die Ein-

wände der Lehrer gegen die Ideen von Czarnek überzeugten, blieb das rechtskonservative Lager bei seinem Vorhaben und verabschiedete im August 2023 im Sejm einen Gesetzesentwurf, der Nichtregierungsorganisationen den Zugang zu Schulen versagte oder zumindest deutlich erschwerte. Die als sog. Bürgerprojekt verhandelte Novelle des Bildungsgesetzes unter dem Titel »Kinder schützen, Eltern unterstützen« verbietet in Vorschulen und Schulen die Tätigkeit von »Vereinen und anderen Organisationen, die Themen im Zusammenhang mit der Sexualisierung der Kinder fördern«. Der Gesetzgeber präziserte nicht, was unter dem Begriff »Sexualisierung« zu verstehen ist, was den Schuldirektoren einen großen Interpretationsspielraum lässt.

Laut dem Gesetz müssen Organisationen, die auf dem Schulgelände tätig werden wollen, dem Direktor genaue Informationen nicht nur über die geplante Veranstaltung, sondern auch über das Profil der Organisation, ihre Ziele und die von ihr eingesetzten Materialien geben. Der Direktor wurde verpflichtet, eine Stellungnahme des Schulrates sowie des Elternbeirates einzuholen und den Leiter der Schulaufsichtsbehörde zu informieren. Das war das einzige Zugeständnis vonseiten der Befürworter einer strengeren Kontrolle der Schulen – die früheren Versionen des Gesetzes machten die Erlaubnis, dass eine Nichtregierungsorganisation Zugang zum Schulgelände erhält, ausschließlich von der Zustimmung der Leitung der Schulaufsichtsbehörde abhängig.

Ohne jegliche Formalitäten können allerdings Vertreter staatlicher Behörden, des Polnischen Roten Kreuzes und die Pfadfinder in die Schulen gehen.

Der Bremseffekt des Gesetzes »Lex Czarnek 3.0«

Experten weisen auf den »Bremseffekt« dieser Regulierung hin. »Viele Direktoren werden vermutlich die Angebote von NGOs eher ablehnen, weil sie sich keinen Schwierigkeiten aussetzen wollen«, sagte Baszczyński. Noch unmissverständlicher formulierte Marek Pleśniar, Direktor des Gesamtpolnischen Vereins des Führungspersonals im Bildungswesen (*Ogólnopolskie Stowarzyszenie Kadry Kierowniczej Oświaty*), seine Vorbehalte: »Es geht darum, den Schulen die Daumenschrauben anzulegen«, sagte er im Gespräch mit der überregionalen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*. »Ein Direktor wird es sich fünfmal überlegen, bevor er jemanden in die Schule einlädt«.

Änderungen der Lehrinhalte zugunsten von »patriotischerem« Gedankengut im Sinne der Nationalkonservativen ist eine weitere Forderung der *PiS*, die sie vor der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2015 aufgestellt hatte. Kaczyńskis Partei hatte der liberalkonservativen Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) und insbesondere ihrem Chef Donald

Tusk Abneigung gegenüber dem Staat und ein distanziertes Verhältnis zur Nation und zum Katholizismus vorgeworfen.

»Das Fehlen jeglicher kohärenter Schulbuchpolitik macht es unmöglich, bei den Schülern ein gemeinsames Bewusstsein auszubilden, gleichzeitig führt es zur Vermittlung skandalöser Inhalte, z. B. werden die kommunistischen Verbrechen sowie das Ausmaß der deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges relativiert«, schrieben die Autoren des *PiS*-Programms im Jahr 2014.

Ihre erzieherischen Ziele für die Schulen bestätigte die *PiS* nach den nächsten gewonnenen Parlamentswahlen im Jahr 2019. »Die Ausbildung eines nationalen und staatlichen Identitätsgefühls wird ein ständiges und wichtiges Element des Arbeitsprogramms der polnischen Schule sein. Eine entsprechende Auswahl der Schullektüre und programmatischer Inhalte erlaubt neben kognitiven und intellektuellen Aspekten, einen gemeinsamen kulturellen Code aufrechtzuerhalten, der die kommenden Generationen der Polen verbindet. Die Vermittlung von Respekt gegenüber der Tradition und den nationalen Helden und das Begehen von Nationalfeiertagen wird ein wichtiger Bestandteil der Bildung der jungen Generation sein«, ist im Programm zu lesen. Als Einrichtungen, die die Jugend im Rahmen der patriotischen Erziehung besuchen sollte, wird gleich nach dem Museum der Geschichte Polens und dem Museum des Warschauer Aufstands [1944, gegen die deutsche Besatzung, d. Übers.] das Museum der Verfeimten Soldaten [die sog. verfeimten Soldaten waren Angehörige des polnischen Untergrunds, die in der Nachkriegszeit in der Volksrepublik Polen gegen die kommunistische Ordnung kämpften, d. Übers.] genannt.

Ein neues Unterrichtsfach, ein kontroverses Schulbuch

Eines der Instrumente, auf die Schüler ideologisch einzuwirken, soll das neue Unterrichtsfach Geschichte und Gegenwart (*Historia i Terażniejszość – HiT*) sein. Es ersetzt das bisherige Fach Gesellschaftskunde (*Wiedza o Społeczeństwie – WoS*). Das neue Schulfach mit einem Umfang von zwei Wochenstunden führte die Regierung am 1. September 2022 in der ersten Klasse der Allgemeinbildenden und der Technischen Oberschule ein. Ab der zweiten Klasse wird das Fach ab dem aktuellen Schuljahr mit einer Wochenstunde fortgesetzt.

»An den Schülern wird Gehirnwäsche verübt«, so die scharfe Kritik des Vizevorsitzenden der Polnischen Lehrgewerkschaft Krzysztof Baszczyński. »Das vorige Unterrichtsfach vermittelte eine zivilgesellschaftliche Haltung gegenüber den Problemen der heutigen Welt, es lehrte Toleranz, vermittelte, was eine Verfassung ist. Das gibt es nicht mehr. Die Schüler schließen ihr Wis-

sen über die Gesellschaft in der achten Grundschulklasse ab«, erläuterte er.

Baszczyński machte auf das vom Bildungsministerium empfohlene Schulbuch für das Fach Geschichte und Gegenwart von Prof. Wojciech Roszkowski aufmerksam. »Die Lehrer wurden in eine außerordentlich schwierige Situation versetzt. Wie sollen sie mit einem Schulbuch unterrichten, das unwahre Inhalte beispielsweise über die Flugzeugkatastrophe von Smolensk, die als Anschlag dargestellt wird, enthält?« [Beim Flugzeugabsturz im russischen Smolensk 2010 kamen 96 Personen des öffentlichen Lebens, darunter Präsident Lech Kaczyński und seine Ehefrau, ums Leben, d. Übers.].

Das vom Bildungsministerium bevorzugte Roszkowski-Schulbuch wurde von Experten heftig kritisiert und löste im Sommer 2022 großes Aufsehen aus. Auch der zweite Band desselben Autors rief scharfe Kritik hervor. Als »Parteigitation, nicht als Schulbuch« charakterisierte die Abgeordnete der liberalkonservativen *PO* Katarzyna Lubnauer die Publikation.

Der Autor stellt die Nachkriegsgeschichte Polens und der Welt in einer nationalkonservativen Version dar und tut nicht einmal so, als bemühe er sich um Objektivität. Ins Zentrum der publizistisch-essayistisch gehaltenen Narration rückt Roszkowski Johannes Paul II. und die katholische Kirche. Der Autor glorifiziert die *PiS*-Regierung der Jahre 2005 bis 2007 sowie den von ihr im Jahr 2015 ausgerufenen »guten Wandel« (poln. *dobra zmiana*), wobei er keinen Hehl aus seiner Abneigung gegenüber anderen politischen Kräften macht.

Die Zeit der Regierungskoalition der Bürgerplattform und der Polnischen Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) von 2007 bis 2015 wird als eine Reihe von Niederlagen und Misserfolgen präsentiert. Ihr Gegenpol war nach Meinung des Autors der damalige Präsident Lech Kaczyński. Die folgenden Zitate veranschaulichen die von Roszkowski in seinem Schulbuch vertretene Narration.

Roszkowski über den bösen Donald Tusk und den guten Lech Kaczyński

»So sehr Präsident Kaczyński Anhänger einer größeren Unabhängigkeit des Landes und der Bewahrung seiner unteilbaren Souveränität war, so sehr war Ministerpräsident Tusk nachgiebig sowohl gegenüber Russland als auch Deutschland eingestellt.« »Die Regierung lenkte die Aufmerksamkeit von den eigenen Versäumnissen und fehlenden Erfolgen ab, indem sie Streitereien auslöste, auf die Jarosław Kaczyński entschlossen antwortete«. Roszkowski zufolge war Tusk ein Anhänger der Verständigung mit Moskau »um jeden Preis«.

Mit Blick auf den Flugzeugabsturz von Smolensk schreibt Roszkowski: »Was die Ursachen der Katastro-

phe betrifft, herrschte von Beginn an ein großes Durcheinander. Zwar waren und sind viele Menschen überzeugt, das es zu einem Anschlag gekommen war, aber diese Version gewinnt erst in letzter Zeit an offizieller Bedeutung«.

Jarosław Kaczyński hätte die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2010 gewinnen können, wenn sein Wahlkampf nicht so ineffektiv gewesen wäre, der von Personen geführt worden sei, die kurz darauf die *PiS* verlassen hätten. Angesichts der aktuellen vollständigen Unterordnung der öffentlichen Medien unter das Regierungslager der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*) ist der Abschnitt, der die *PO* für ihre »blitzschnelle Kontrolle« des öffentlichen Fernsehens während ihrer Regierungszeit kritisiert, der reine Hohn.

»Die Tusk-Regierung bemühte sich, die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern, aber trotz freundschaftlicher Gesten und häufiger Besuche beider Seiten kann der Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 oder die wiederholt in den deutschen Medien verwendete Bezeichnung »polnische Konzentrationslager im Kontext des Zweiten Weltkrieges, die eine bewusste Geschichtsverfälschung ist, die Geringschätzung gegenüber Polen bestätigen,« heißt es im Schulbuch.

Der Sieg Andrzej Dudas in den Präsidentschaftswahlen 2015 ist für Roszkowski ein »Neuanfang« und die Parlamentswahlen im Herbst 2015 der Beginn einer neuen Ära in der polnischen Politik. Die Regierungskoalition der Vereinigten Rechten habe ihre Wahlversprechen wirksam umgesetzt, indem sie das Kindergeld »500+« und andere Sozialprogramme einführte und das Renteneintrittsalter absenkte.

Als Skandal bewertet der Autor das vom scheidenden Präsidenten Bronisław Komorowski unterzeichnete Gesetz über die Möglichkeit der künstlichen Befruchtung, ohne es dem Verfassungstribunal vorgelegt zu haben, »obwohl Bischöfe und katholische Milieus dagegen protestiert hatten«.

Eines der Leitmotive des Schulbuches ist die Kritik an der liberalen Demokratie, die dem Autor in der Praxis zufolge »weder allzu liberal noch allzu demokratisch« sei. Polen verteidige sich vor der modischen »Liberalisierung« der Demokratie. Als gemeinsamer Nenner der kommunistischen und der liberal-demokratischen Ideologie werde manchmal die Überzeugung geäußert, man müsse den »Fortschritt« realisieren, wobei auf die Demokratie keine Rücksicht genommen werde, schreibt Roszkowski.

Haben die Lehrer eine Wahl?

Roszkowskis Publikation ist nicht das einzige Schulbuch für das Fach Geschichte und Gegenwart. Die Lehrer haben noch zwei weitere Bücher zur Auswahl. Allerdings unternahm das Bildungsressort alles, um sicherzustel-

len, dass das Buch des regierungsnahen Historikers einen Sonderstatus erhielt.

Band 1 des Lehrbuches wurde 2022 als erster für den Schulgebrauch freigegeben, während das Schicksal des konkurrierenden Schulbuches, herausgegeben vom *WSiP*-Verlag, lange Zeit unsicher war. Roszkowskis Buch wurde von einer propagandaähnlichen Werbekampagne begleitet. Auf einer Konferenz für mehrere Hundert Lehrer im Juni 2022 verglich Bildungsminister Czarnek Roszkowski mit den »verfemten Soldaten«, denn »so wie diese bezahlt er für die Wahrheit«.

Gespräche mit Lehrern zeigen, dass die Mehrheit nicht das von der Regierung präferierte Buch nutzt. Allerdings fehlen stichhaltige Daten zur Bestätigung dieser These. Die Akteure der Bewegung Freie Schule (*Wolna Szkoła*) fragten im September 2022 Lehrer in 2.300 weiterführenden Schulen von insgesamt ca. 6.600 bestehenden Einrichtungen. Wie die *Gazeta Wyborcza* berichtete, setzten damals nur 53 Schulen das kontroverse Lehrbuch von Roszkowski ein und mehr als 500 Schulen hatten sich für das konkurrierende Werk des *WSiP*-Verlags entschieden.

Der Vizechef der Polnischen Lehrgewerkschaft Baszczyński glaubt, in den Großstädten gebe es kein Problem mit der freien Wahl des Lehrbuches. »In kleinen Orten sieht das anders aus. Kurz gesagt, die Entscheidung, ein anderes Schulbuch einzusetzen, wird schlecht angesehen«, meint er.

Das überladene Kerncurriculum

Das vielleicht noch größere Problem als das Lehrbuch von Roszkowski ist das verpflichtende Kerncurriculum. Nach Ansicht von Baszczyński ist es »überladen« und »veraltet«. »Das neue Kerncurriculum ist deutlich überfrachtet und wirft das ganze System um viele Jahre zurück.« Es sei »aufs Pauken ausgerichtet und nicht auf Verständnis und Suche nach Wahrheit«. »Wir sind in die Zeit vor 1990 zurückgekehrt«, so sein Urteil.

Ein eigenes, aber nicht weniger wichtiges Problem ist die materielle Situation der polnischen Lehrer. Die geringe Attraktivität des Berufs, trotz der längeren Ferien, hat die Abwanderung – insbesondere junger und gut ausgebildeter – Lehrer in andere Berufe zur Folge.

Aus Schätzungen der Polnischen Lehrgewerkschaft ergibt sich, dass in den polnischen Schulen und anderen pädagogischen Einrichtungen 550.000 Pädagogen arbeiten. Vor Beginn des neuen Schuljahres im September 2023 fehlten ca. 30.000 Lehrer. Um die negativen Folgen der unbesetzten Stellen abzumildern, bewilligten die Behörden den Lehrern, über das anderthalbfache Arbeitspensum [eine ganze Stelle umfasst 18 Unterrichtsstunden, d. Übers.] hinaus mehr zu arbeiten. »Das heißt, die Regierung ist sich darüber im Klaren, dass sie in Kürze niemanden mehr haben wird, der unterrich-

tet«, kommentiert Baszczyński. Seiner Meinung nach wird sich die Mehrarbeit negativ sowohl auf die Lehrer als auch auf die Schüler auswirken. »Die Lehrer stimmen dem zu, weil das einen höheren Verdienst bedeutet, aber sie werden weniger Zeit für die Kinder und Jugendlichen haben«.

Lehrermangel und Gehaltsforderungen

Seiner Beobachtung nach gibt es für die Tätigkeit an der Schule keine Arbeitswilligen. »Der Lehrer hat am Anfang seiner Berufstätigkeit zwei Jahre lang kein geregeltes Arbeitsverhältnis, er arbeitet für eine befristete Zeit für 3.690 Zloty brutto (ca. 826 Euro)«, sagt Baszczyński. Dieses Gehalt ist für einen Informatiker, Philologen oder Mathematiker unattraktiv. In diesem Jahr betrug die Gehaltserhöhung sieben Prozent.

Unter Vermittlung der Oppositionsfraktionen im Parlament hat die Polnische Lehrgewerkschaft am 30. März 2023 einen Gesetzesentwurf in den Sejm eingebracht, der es erlaubt, die Gehälter um 20 Prozent anzuheben. Allerdings erhielt der Entwurf bisher nicht einmal eine Registrierungsnummer. »Die finanzielle Situation ist sehr schlecht«, stellt Baszczyński fest. Informationen der Bildungssektion der Gewerkschaft *Solidarność* zufolge können die Lehrer mit einer zehnpromzentigen Gehaltserhöhung ab September 2023 rechnen.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand für Bildung in Polen fielen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 6,1 Prozent im Jahr 2005 auf 4,9 Prozent im Jahr 2021. Polen ist eines der wenigen EU-Länder mit deutlich sinkendem Trend bei den Bildungsausgaben. Die Bildungssubventionen für das Jahr 2023 betragen 64,4 Milliarden Zloty (ca. 14,4 Mrd. Euro) und liegen damit um 11,1 Milliarden Zloty (ca. 2,5 Mrd. Euro) höher als 2022. Die Polnische Lehrgewerkschaft stellt fest, dass die Regierungssubventionen für die Bildung zwar in absoluten Zahlen steigen, im Verhältnis zum BIP jedoch sinken.

Lehrer, die anonym bleiben wollen, sprechen von Unterschieden in der Berufsgruppe. In Warschau (Warszawa) und anderen Großstädten verdienen Lehrer dank Mehrstunden und Nachhilfestunden nicht schlecht. In den kleineren Städten haben sie Angst, die Arbeit zu verlieren.

Das polnische Bildungssystem hat außerdem ein demografisches Problem. Das Durchschnittsalter der Lehrerschaft in Polen liegt zurzeit bei ca. 47 Jahren.

Die Polnische Lehrgewerkschaft hat am 1. September eine Protestkundgebung vor dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft organisiert. Unter dem Motto »Zivilgesellschaftliche Lektion. Thema: Bildung ist das Wichtigste« kamen mehr als 4.000 Lehrer aus ganz Polen zusammen.

»Wir sind nicht zum ersten Mal hierhergekommen und wir werden weiter hierherkommen, bis das Minis-

terium anerkennt, dass Bildung das Wichtigste ist. Und gute Bildung beginnt bei guten Lehrern«, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft, Sławomir Broniarz. Zurzeit seien in den Schulen ca. 26.000 Stellen unbesetzt. Seiner Meinung nach hat sich das Ministerium für Bildung und Wissenschaft in ein »Ministerium für Propaganda und Desinformation« gewandelt.

Die Teilnehmer des Protestes übergaben dem Vertreter des Ministeriums einen Forderungskatalog. Sie verlangen eine 20-prozentige Gehaltserhöhung, die Verschlinkung des Kerncurriculums und die Aufstockung der Bildungsausgaben. Bildungsminister Czarnek traf sich nicht mit den Protestierenden, da er in Lublin war, seinem Wahlkreis für die Parlamentswahlen im Oktober.

Die Kluft zwischen der Stimmung und den Erwartungen der Lehrer und der von Selbstzufriedenheit gekennzeichneten Haltung der Ressortleitung zeigte eindrücklich die Pressekonferenz von Minister Czarnek zwei Tage vor der Protestkundgebung. »Wir beginnen also am 4. September das neue Schuljahr voller Optimismus, dass es ein sehr erfolgreiches werden wird, sowohl für die Schüler als auch für die Eltern, als auch für die Lehrer«, ließ er verlauten.

Die Lehrer erhalten eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 1.125 Zloty (ca. 250 Euro) aus Anlass des 250-jährigen Jubiläums der Kommission für Nationale Bildung. Die Schüler der 4. Klasse erhalten kostenlose Laptops und die Lehrer Gutscheine in Höhe von 2.500 Zloty (ca. 560 Euro) für den Kauf eines Rechners. Das Jahr 2024 wird »ein weiteres Jahr mit einem Rekordanstieg der Bildungsausgaben«, kündigte Czarnek an. Er teilte mit, dass in den weiterführenden Schulen Geschäft und Verwaltung als neues Schulfach eingeführt wird, das das Fach Grundlagen des Unternehmertums ablöst.

Der Lehrer von Ministerpräsident Morawiecki will Abgeordneter werden

Sollte es nach den Parlamentswahlen im Oktober 2023 zu einem Machtwechsel kommen, erwarte die Polnische Lehrgewerkschaft von dem neuen Minister »Normalität, Vorhersagbarkeit, Wertschätzung den Lehrern gegenüber, Änderungen im Kerncurriculum und reales Geld für die Tätigkeit der Schulen«, sagt Baszczyński.

Vielleicht wird einer der Abgeordneten, die über die Zukunft der Bildung entscheiden, Marek Jędrychowski sein, Lehrer für Geschichte und Gegenwart und zuvor Gesellschaftskunde an der IX. Allgemeinbildenden Oberschule in Breslau (Wrocław), ehemaliger Lehrer von Ministerpräsident Morawiecki, Kandidat für den Sejm auf der Liste des Parteienbündnisses Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska – KO*).

»Das Einstiegsgehalt eines Lehrers liegt zurzeit 90 Zloty (ca. 20 Euro) über dem Mindestlohn. Das höchste

Gehalt für einen examinierten Lehrer beträgt 4.550 Zloty brutto (ca. 1.018 Euro). Vielleicht fehlen deshalb mehr als 20.000 Lehrer in Polen«, sagt Jędrychowski im Gespräch mit dem Internetportal *Onet*. »Die Lehrer kommen, aber wenn sie die Gehälter sehen, machen sie auf dem Absatz kehrt und laufen davon. Ich weiß, dass der Staat verdammt verschuldet ist, der Prozess, etwas zu verändern, wird also dauern. Aber ein Lehrer sollte am Anfang 5.000 Zloty (ca. 1.119 Euro) verdienen«, unterstreicht er.

»Das Lehrprogramm sollte reduziert werden. Es umfasst zu viele Themen, die durchgenommen werden sollen. Aber bei einem solchen Wettlauf hat der Lehrer keine Zeit, auf den Stoff zurückzukommen, der den Schülern Probleme bereitet«, meint Jędrychowski.

Die Forderungen des Pädagogen, der auf den ersten Seiten der Zeitungen stand, entsprechen den Forderungen, die vor den Parlamentswahlen im Herbst von der Koalition SOS für die Bildung (*Koalicja SOS dla Edukacji*) aufgestellt wurden, einer Plattform, die 40 Nichtregierungsorganisationen aus dem Bildungsbereich zusammenführt.

Die Autoren der Forderungen meinen, dass es sich um Rettungsmaßnahmen handelt, die innerhalb von 100 Tagen umgesetzt werden können. Sie verlangen

nicht nur höhere Ausgaben im Bildungsbereich und die Anhebung der Lehrergehälter (die Einstiegsgehälter der Lehrer sind die niedrigsten in der EU). Sie fordern außerdem die Entpolitisierung der Funktion des Leiters der Schulaufsichtsbehörde, der zurzeit auf Antrag des Woiwoden vom Bildungsminister ernannt wird. Zu diesem Zweck solle das Verbot ausgesprochen werden, dass Personen, die einer politischen Partei angehören, dieses Amt ausüben dürfen. Im Falle der Verletzung der politischen Neutralität solle das Verwaltungsgericht den Behördenleiter abberufen können.

Außerdem spricht sich die Koalition SOS für die Bildung dafür aus, das übermäßig ausgebaute Kerncurriculum zu verschlanken und bestimmte Unterrichtsinhalte und Anforderungen zu beschränken, um »das Gleichgewicht zwischen der Quantität der Wissensinhalte und den Fertigkeiten und Fähigkeiten, die die Schule des 21. Jahrhunderts entwickeln soll, zu gewährleisten«. Des Weiteren sollen auch die Rechte der Schüler gestärkt werden.

Ob die Pläne verwirklicht werden, hängt vor allem vom Ergebnis der Parlamentswahlen am 15. Oktober 2023 ab.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Jacek Lepiarz, Germanist und Historiker, arbeitet seit 2018 als Journalist der Deutschen Welle. Von 1999 bis 2007 und 2013 bis 2017 war er Korrespondent der Polnischen Presseagentur (Polska Agencja Prasowa – PAP) in Berlin, von 2007 bis 2011 leitete er das Büro der Deutschen Presse-Agentur (DPA) in Warschau. In den 1990er Jahren arbeitete er mit der ARD zusammen.

STATISTIK

Anzahl der Schulen, Schüler/innen und Lehrerstellen in Polen

Tabelle 1: Grundschulen in Polen (1.–8. Klasse): Anzahl, Schüler/innen, Absolvent/innen

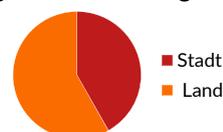
	Gesamtanzahl der Grundschulen	Schüler/innen		Absolvent/innen	
		Insgesamt	Davon: Mädchen	Insgesamt	Davon: Mädchen
Schuljahr 2021/22	14.144	3.121.648	1.512.698	502.922	249.154
Schuljahr 2022/23	14.073	3.122.826	1.510.787	Fehlende Daten	Fehlende Daten

Stand: 30. September.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Edukacja w roku szkolnym 2022/2023 (wyniki wstępne) [Bildung im Schuljahr 2022/2023 (vorläufige Ergebnisse)]. 29.06.2023. <https://stat.gov.pl/> (abgerufen am 01.09.2023).

Tabelle 2: Grundschulen in Polen (1.–8. Klasse, Schuljahr 2022/23): regionale Verteilung

Gesamtanzahl der Grundschulen	14.100
Davon in der Stadt	5.900
Davon auf dem Land	8.200

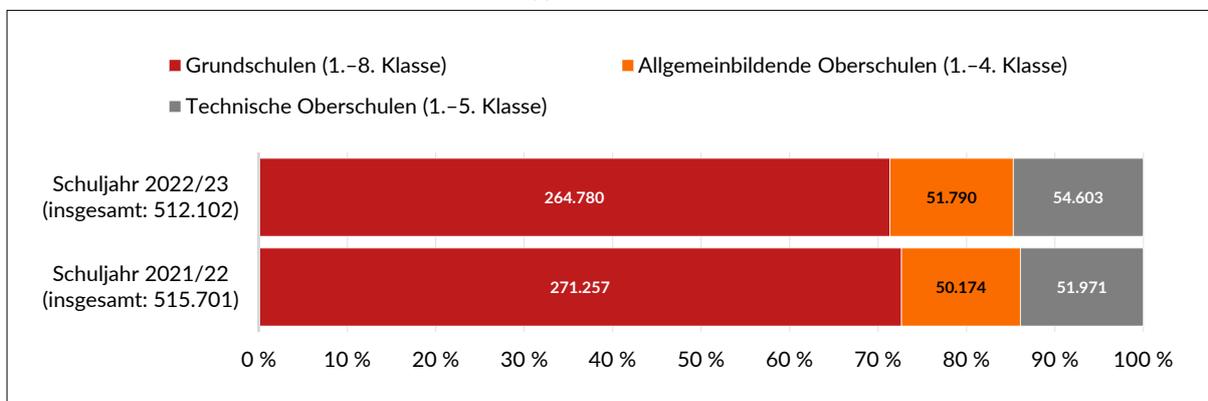


Stand: 30. September.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Edukacja w roku szkolnym 2022/2023 (wyniki wstępne) [Bildung im Schuljahr 2022/2023 (vorläufige Ergebnisse)], 29.06.2023. <https://stat.gov.pl/> (abgerufen am 01.09.2023).**Tabelle 3: Weiterführende Schulen in Polen (Allgemeinbildende und Technische Oberschulen): Anzahl, Schüler/innen, Absolvent/innen**

	Gesamtanzahl der weiterführenden Schulen	Anzahl des betr. Schultyps	Schüler/innen		Absolvent/innen	
			Insgesamt	Davon: Mädchen	Insgesamt	Davon: Mädchen
Schuljahr 2021/22	6.678		1.547.581	748.241	361.958	173.806
Schuljahr 2022/23	6.819		1.671.187	816.920	Fehlende Daten	Fehlende Daten
Darin: Allgemeinbildende Oberschulen						
Schuljahr 2021/22		2.331	652.690	409.471	156.375	98.531
Schuljahr 2022/23		2.398	726.386	455.213	Fehlende Daten	Fehlende Daten
Darin: Technische Oberschulen						
Schuljahr 2021/22		1.854	656.513	255.095	116.694	45.690
Schuljahr 2022/23		1.861	711.140	277.608	Fehlende Daten	Fehlende Daten

Stand: 30. September.

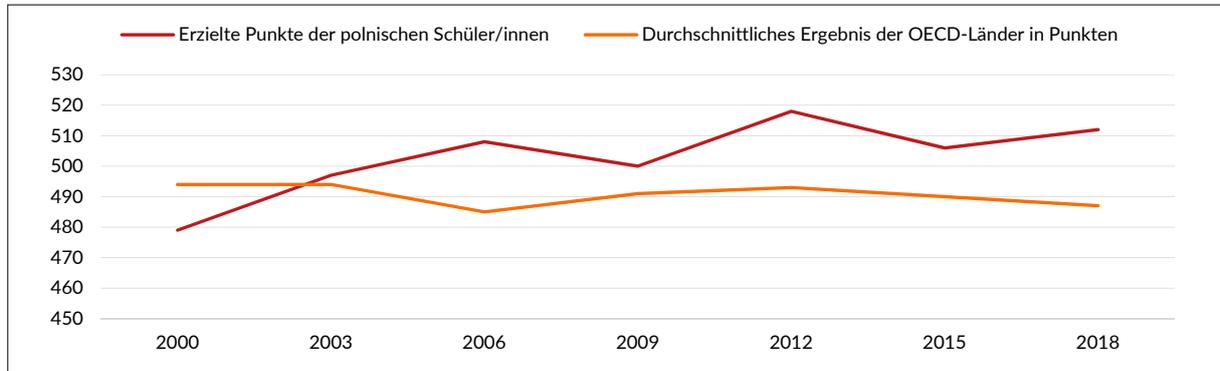
Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Edukacja w roku szkolnym 2022/2023 (wyniki wstępne) [Bildung im Schuljahr 2022/2023 (vorläufige Ergebnisse)], 29.06.2023. <https://stat.gov.pl/> (abgerufen am 01.09.2023).**Grafik 1: Anzahl der Lehrerstellen nach Schultyp**

Stand: 30. September.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Edukacja w roku szkolnym 2022/2023 (wyniki wstępne) [Bildung im Schuljahr 2022/2023 (vorläufige Ergebnisse)], 29.06.2023. <https://stat.gov.pl/> (abgerufen am 01.09.2023).

Polen: Ergebnisse der PISA-Studie 2000 bis 2018

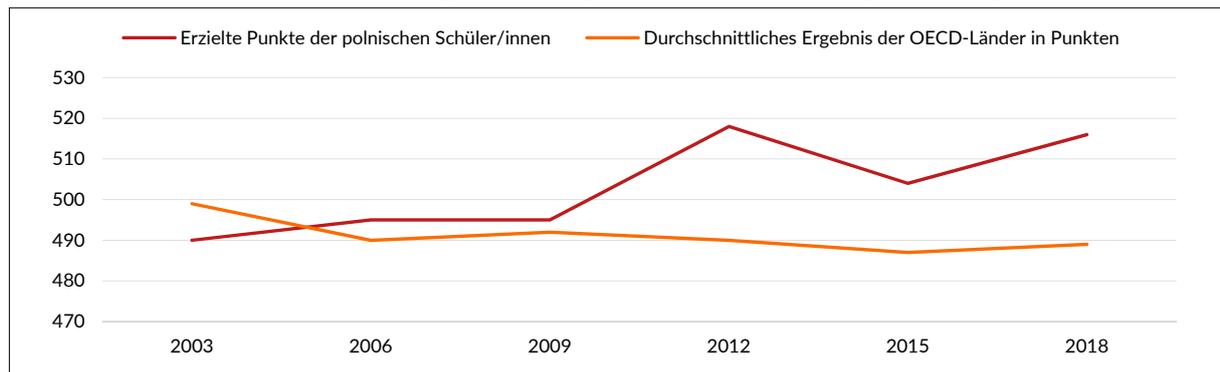
Grafik 1: PISA-Studie, Lesekompetenz: Ergebnisse der polnischen Schüler/innen (2000–2018)



Jahr der PISA-Studie	Erzielte Punkte der polnischen Schüler/innen	Durchschnittliches Ergebnis der OECD-Länder in Punkten	Anzahl der Länder, die ein deutlich besseres statistisches Ergebnis als Polen erzielten	
			Global	In Europa
2000	479	494	16	10
2003	497	494	10	5
2006	508	485	6	2
2009	500	491	8	1
2012	518	493	5	0
2015	506	490	9	4
2018	512	487	7	2

Quelle: Sitek, Michał (Hg.): Program Międzynarodowej Oceny Umiejętności Uczniów. Wyniki badania PISA 2018 w Polsce [Das Programm der Internationalen Schulleistungstudie. Ergebnisse der PISA-Studie 2018 in Polen]. Warszawa: Instytut Badań Edukacyjnych, 2019. <https://pisa.ibe.edu.pl/> (abgerufen am 01.09.2023).

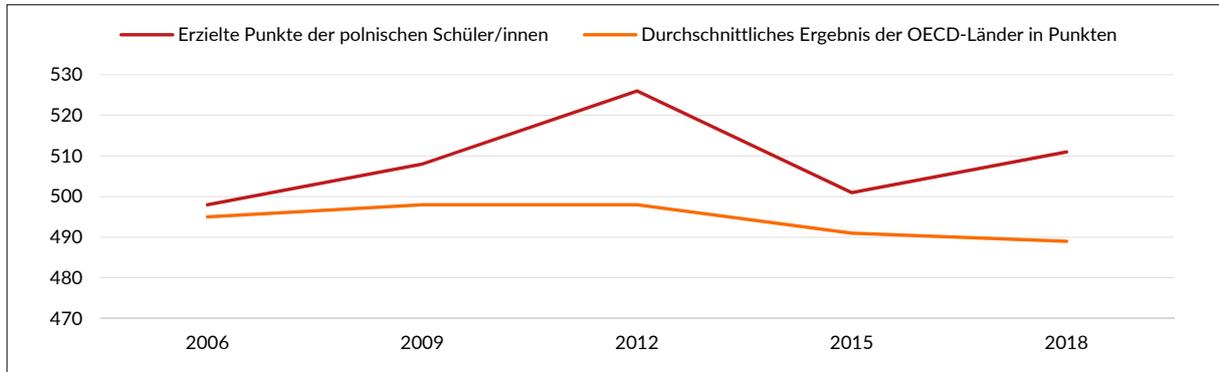
Grafik 2: PISA-Studie, Mathematik: Ergebnisse der polnischen Schüler/innen (2003–2018)



Jahr der PISA-Studie	Erzielte Punkte der polnischen Schüler/innen	Durchschnittliches Ergebnis der OECD-Länder in Punkten	Anzahl der Länder, die ein deutlich besseres statistisches Ergebnis als Polen erzielten	
			Global	In der Europäischen Union
2003	490	499	21	12
2006	495	490	20	10
2009	495	492	20	8
2012	518	490	9	0
2015	504	487	14	5
2018	516	489	8	1

Quelle: Sitek, Michał (Hg.): Program Międzynarodowej Oceny Umiejętności Uczniów. Wyniki badania PISA 2018 w Polsce [Das Programm der Internationalen Schulleistungstudie. Ergebnisse der PISA-Studie 2018 in Polen]. Warszawa: Instytut Badań Edukacyjnych, 2019. <https://pisa.ibe.edu.pl/> (abgerufen am 01.09.2023).

Grafik 3: PISA-Studie, Naturwissenschaften: Ergebnisse der polnischen Schüler/innen (2006–2018)



Jahr der PISA-Studie	Erzielte Punkte der polnischen Schüler/innen	Durchschnittliches Ergebnis der OECD-Länder in Punkten	Anzahl der Länder, die ein deutlich besseres statistisches Ergebnis als Polen erzielten	
			Global	In der Europäischen Union
2006	498	495	20	10
2009	508	498	15	4
2012	526	498	7	2
2015	501	491	18	6
2018	511	489	8	2

Quelle: Sitek, Michał (Hg.): *Program Międzynarodowej Oceny Umiejętności Uczniów. Wyniki badania PISA 2018 w Polsce* [Das Programm der Internationalen Schulleistungsstudie. Ergebnisse der PISA-Studie 2018 in Polen]. Warszawa: Instytut Badań Edukacyjnych, 2019. <https://pisa.ibe.edu.pl/> (abgerufen am 01.09.2023).

CHRONIK

4. Juli – 4. September 2023

04.07.2023	Bundesverkehrsminister Volker Wissing empfängt in Berlin seinen polnischen Amtskollegen, Infrastrukturminister Andrzej Adamczyk. Thematisiert werden Möglichkeiten, Mittel für Investitionen in strategische Verkehrsinfrastrukturen mit ziviler und militärischer Bedeutung im Rahmen des EU-Fonds Connecting Europe Facility (CEF, 2021–2027) aufzustocken. Vor dem Hintergrund, dass die EU die Ukraine im russischen Angriffskrieg unterstützt, seien Investitionen für die militärische Mobilität unerlässlich, sagt Adamczyk und weist auf die Transportwege in und aus der Ukraine hin sowie auf die Verbindungen Via Carpatia und Rail Carpatia sowie Via Baltica und Rail Baltica, die Polen mit Partnerländern der Region verbinden.
05.07.2023	In London enden die zweitägigen polnisch-britischen Konsultationen zu sicherheitspolitischen und -strategischen Fragen, an denen die Außenminister James Cleverly und Zbigniew Rau sowie die Verteidigungsminister Ben Wallace und Mariusz Błaszczak teilnehmen. Unterzeichnet wird eine Erklärung über die strategische Partnerschaft 2030 in den Bereichen Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung.
05.07.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki empfängt in Warschau seine italienische Amtskollegin Giorgia Meloni. Es habe sich bestätigt, dass beide Länder für die Abdichtung der EU-Außengrenzen seien und der Verhängung von Strafen durch die EU wegen Nichtaufnahme illegaler Migranten nicht zustimmen würden, sagt Morawiecki nach dem Treffen. Die Gespräche mit Meloni, die die Parteichefin der rechtsextremen Partei Fratelli d'Italia ist, hätten gezeigt, dass beide Länder eine ähnliche Vision für die Zukunft der EU hätten.

07.07.2023	Der Sejm stimmt mit 235 Stimmen (bei 217 Ja-Stimmen) gegen das von der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) und von Die Linke (Lewica) eingebrachte Misstrauensvotum gegen Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak. Ihm wird fehlende Kompetenz und Verantwortung im Amt vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine vorgeworfen. Argumentiert wird, dass er den Vorfall des Absturzes einer mutmaßlich aus Russland kommenden Rakete in der Nähe von Bydgoszcz im Dezember 2022 und den Fund von Raketenteilen im April 2023 zu spät kommuniziert und die Verantwortung auf die Führung der polnischen Streitkräfte geschoben habe.
08.07.2023	Nach Angaben des Außenministeriums hat der Regierungsbeauftragte für Entschädigungsfragen im Zusammenhang mit Verbrechen der deutschen Besatzung in Polen während des Zweiten Weltkrieges, Arkadiusz Mularczyk, am Vortag einen Brief an die Außenminister der EU- und NATO-Staaten, den EU-Außenbeauftragten Josep Borell und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg geschickt. In dem Brief weist er auf die unregelmäßige Frage der Entschädigung für Polen hin und dass die auf der Potsdamer Konferenz (1945) zugesprochenen Reparationen den polnischen Bürgern nicht ausgezahlt worden seien. Des Weiteren blockiere die deutsche Regierung Individualklagen, indem sie sich auf die Immunität von Staaten beruft. Für Polen sei der Beginn des bilateralen Dialogs zu diesem Thema als Geste des guten Willens Deutschlands gegenüber Polen notwendig. Erinnert wird außerdem daran, dass Deutschland beim Gipfeltreffen des Europarates in Reykjavik (Island) im Mai die Erklärung »United around our values« unterzeichnet hat, was zeige, dass Deutschland den universalen Grundsatz ernst nehme, dass Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen nicht verjähren.
11.07.2023	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der es die polnische Regierung aufruft, das Gesetz zur Einberufung einer Sonderkommission zurückzuziehen, die mögliche russische Einflussnahme auf die innere Sicherheit Polens in den Jahren 2007 bis 2022 untersuchen soll. Kritiker des Gesetzes sehen darin einen gezielten Angriff auf die Opposition in Polen, insbesondere den ehemaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), der die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) in den Wahlkampf für die Sejmwahlen im Herbst führen wird.
11.07.2023	In Warschau findet am Denkmal für die Opfer des Völkermords die Hauptgedenkefeier zum 80. Jahrestag des Massakers von Wolhynien statt, das ukrainische Nationalisten an der dortigen polnischen Zivilbevölkerung verübt hatten. Anwesend sind u. a. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Sejm marschallin Elżbieta Witek und Ruslan Stefantschuk, Präsident des Obersten Rates der Ukraine. Der Sejm verabschiedet mit 440 Stimmen einstimmig einen Beschluss, dass die polnisch-ukrainische Versöhnung ein Schuldbekenntnis und die Erinnerung an die Opfer aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges umfassen müsse. Die Exhumierung und würdige Bestattung sowie das Gedenken aller Opfer des Völkermords in den ehemaligen polnischen Ostgebieten habe grundlegende Bedeutung.
12.07.2023	Deutschen und polnischen Medienberichten zufolge will die Bundesregierung den Plan zurückziehen, Kampfpanzer des Modells Leopard 2A5 und 2A6, die auf ukrainischer Seite im russischen Angriffskrieg eingesetzt und beschädigt wurden, in Polen reparieren zu lassen, wofür in Kooperation mit Polen ein Wartungszentrum aufgebaut werden sollte. Die Gespräche zwischen den Verteidigungsministerien und den beteiligten Rüstungsunternehmen hätten nicht zu Ergebnissen geführt. Der Grund dafür soll sein, dass der Polnische Rüstungskonzern (Polska Grupa Zbrojeniowa – PGZ), der dem Staat gehört, überzogene Preisvorstellungen hat.
13.07.2023	Nach dem zweitägigen NATO-Gipfel in Vilnius (Litauen), der am Vortag endete, beruft Präsident Andrzej Duda zur Berichterstattung über das Gipfeltreffen den Nationalen Sicherheitsrat (Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN) ein. Duda zeigt sich zufrieden, dass Belarus auf dem Gipfel als Gefahr eingeschätzt wurde. Er führt dies u. a. auf den Brief zurück, den er gemeinsam mit seinem litauischen und seinem lettischen Amtskollegen vor dem Gipfel an die NATO-Partner geschickt hat und in dem sie das von Belarus ausgehende Sicherheitsrisiko für Ostmitteleuropa darstellen. Auch Außenminister Zbigniew Rau hebt hervor, dass Belarus zum ersten Mal als Gefahr in NATO-Dokumenten genannt wird. Der Hintergrund ist, dass Russland im Rahmen seines Angriffskrieges gegen die Ukraine Atomwaffen in Belarus stationiert und Belarus Truppen der privaten russischen Söldnerarmee Wagner aufgenommen haben soll.
13.07.2023	Der Sejm verabschiedet ein Gesetz zur Revitalisierung der Oder. Es soll u. a. wirksamere Investitionen in den Schutz vor Überschwemmung und Austrocknung ermöglichen. Außerdem soll eine Wasseraufsicht berufen werden, die befugt sein soll, illegale Zuflüsse zu verschließen, stichprobenartige Kontrollen durchzuführen und wasserrechtliche Genehmigungen zu entziehen, wenn die erforderlichen Bedingungen nicht mehr erfüllt werden. Für Verstöße gegen Vorschriften sollen höhere Strafen erhoben werden, von aktuell 500 Zloty (ca. 112 Euro) auf 1.000 bis 7.500 Zloty (ca. 1.678 Euro). Weiter sollen Verwaltungsstrafen in Höhe von 5.000 bis 1 Mio. Zloty bei Schädigung der Wasserwirtschaft mit Gefahr für Leben und Gesundheit oder die Umwelt eingeführt werden.

14.07.2023	Der Präsident der Staatlichen Wasserwirtschaft Polnische Gewässer (Państwowe Gospodarstwo Wodne Wody Polskie), Krzysztof Woś, ruft die Unternehmen, die eine wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von Abwasser haben, auf, ihre Einleitungen in die Oder unter die ihnen gestatteten Grenzwerte zu reduzieren. Er begründet dies mit der aktuellen meteorologischen Lage und den geringeren Zuflüssen aus anderen Flüssen in die Oder. Vor einem Jahr kam es zu einem massenhaften Fischsterben in der Oder, das auf das Wachstum einer toxischen Alge infolge des niedrigen Wasserstandes und der Einleitung von Schadstoffen durch Industrieunternehmen zurückgeführt wurde.
14.07.2023	Jacek Sasin, Minister für Staatliche Aktiva, teilt auf Twitter mit, dass der polnische Bergbaukonzern KGHM Polska Miedź vom Ministerium für Klima und Umwelt die »grundsätzliche Zustimmung« für den Bau eines kleinen modularen Atomreaktors (Small Modular Reactor – SMR) in Polen erhalten hat.
17.07.2023	Das Institut für Kulturpflanzen, Düngung und Bodenkunde (Instytut Uprawy Nawożenia i Gleboznawstwa – IUNG) gibt bekannt, dass laut Auswertung der landwirtschaftlichen Daten für die Zeit vom 11. Mai bis 10. Juli in allen Woiwodschaften Dürre herrschte. Der Wassermangel betrifft alle Anbaukulturen.
18.07.2023	Außenminister Zbigniew Rau kehrt von seinem viertägigen Aufenthalt in New York zurück, wo er an der Sitzung des Sicherheitsrates und der Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) sowie am 25. Jubiläum des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes teilgenommen hat. In seiner Rede im UN-Sicherheitsrat hat Rau unterstrichen, dass sich Friedensbemühungen für die Ukraine im russischen Angriffskrieg an die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und insbesondere an das Prinzip der territorialen Integrität halten sollten. Ein ungerechter Friede oder ein eingefrorener Konflikt würden zu weiteren Aggressionen führen.
19.07.2023	Polen entsendet 149 Feuerwehrleute und 49 Fahrzeuge zur Bekämpfung der Waldbrände in Griechenland. Die Hilfsaktion ist auf ca. zwei Wochen angesetzt.
20.07.2023	Im Anschluss an die achten polnisch-tschechischen Regierungskonsultationen in Kattowitz (Katowice) sagt Infrastrukturminister Andrzej Adamczyk nach Gesprächen mit seinem tschechischen Amtskollegen, beide stimmen überein, dass die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Senkung der CO ₂ -Emissionen im Transportwesen unrealistisch seien und stärker an die bestehenden Gegebenheiten der jeweiligen EU-Länder angepasst werden müssen. Die Mobilität der Bürger dürfe nicht durch höhere Kosten eingeschränkt werden, da dies negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung habe und den Ausschluss aus der Mobilität verstärken könne. Polen und Tschechien wollen auf angepasste Maßnahmen auf europäischer Ebene hinwirken.
21.07.2023	Der polnische Grenzschutz verweigert der russischen Tennisspielerin Vera Sworonewa die Einreise nach Polen. Sworonewa wollte an einem Tennisturnier in Warschau teilnehmen. Polen verweigert Athletinnen und Athleten aus Russland und Belarus wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine die Einreise.
22.07.2023	Das Außenministerium bestellt den Botschafter der Russischen Föderation, Sergej Andrejew, ein. Der Grund ist eine Äußerung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Polen wolle ein Stück der Ukraine an sich reißen. Nach dem Gespräch mit Andrejew sagt Vizeaußenminister Paweł Jabłoński, er habe den polnischen Standpunkt der Unverletzlichkeit von Staatsgrenzen eindeutig klargemacht. Polen widerspreche jeglichen Versuchen, Staatsgrenzen zu revidieren. Polen werte die Äußerung Putins vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine als Provokation.
24.07.2023	Jacek Ozdoba, Vizeminister für Klima und Umwelt, teilt mit, dass das Elektronische Überwachungssystem für Straßentransporte (System Elektronicznego Nadzoru Transportu – SENT) ausgeweitet wird, um illegale Müllimporte nach Polen bekämpfen zu können. Infolge einer Änderung im Strafrecht können gefährliche Müllimporte nach Polen eine Gefängnisstrafe bis zu zwölf Jahren nach sich ziehen.
27.07.2023	Die Behörde für den Schutz persönlicher Daten (Urząd Ochrony Danych Osobowych – UODO) beginnt eine Untersuchung, ob das Ministerium für Bildung und Wissenschaft und das Gesundheitsministerium widerrechtlich Angaben zu COVID-19-Impfungen von Universitätsangehörigen erhoben haben. Befürchtungen des Bürgerrechtsbeauftragten der Regierung, Marcin Wiącek, zufolge könnte der Minister für Bildung und Wissenschaft dadurch Zugang zu sensiblen Daten erhalten haben. Wiącek hat sich in dieser Angelegenheit bereits im Februar 2022 an die Datenschutzbehörde gewandt.
27.07.2023	Polen übermittelt der Europäischen Kommission eine Klage gegen Deutschland wegen illegaler Mülltransporte aus Deutschland nach Polen. Nach Angaben von Umweltministerin Anna Moskwa sollen 35.000 Tonnen Müll illegal auf sieben Müllkippen in Polen gebracht worden sein. Polen habe sich mehrfach an die deutsche Seite gewandt, den Müll zurückzunehmen, dort werde die Angelegenheit jedoch zwischen Bund und Ländern hin und her geschoben. Sollte die Europäische Kommission nicht schnell reagieren, stellt Moskwa eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Aussicht.

28.07.2023	Arkadiusz Mularczyk, Staatssekretär im Außenministerium und Regierungsbeauftragter für Entschädigungsforderungen Polens an Deutschland für Schäden und Verluste unter der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkrieges, wird mit dem Diamantenen Kreuz des Vereins der Kriegskinder in Polen (Stowarzyszenie Polskich Dzieci Wojny w Polsce) ausgezeichnet. Mularczyk hat einen Bericht über die von den Deutschen verursachten Schäden und Verluste anfertigen lassen, die mit 1,35 Bio. Euro beziffert werden. Der Bericht liegt der Bundesregierung und den Bundestagsabgeordneten vor, des Weiteren bemüht sich Mularczyk aktuell um Informierung der internationalen Öffentlichkeit. Der Verein der Kriegskinder in Polen repräsentiert und unterstützt Opfer der deutschen Besatzung, die während des Zweiten Weltkrieges minderjährig waren.
30.07.2023	Im Rahmen des Gedenkens an den Beginn des Warschauer Aufstands (1. August 1944) zeichnet Präsident Andrzej Duda im Museum des Warschauer Aufstands Teilnehmer des Aufstands aus sowie Personen, die sich für die Erinnerung an den Aufstand einsetzen. Duda hebt in seiner Rede hervor, dass der Warschauer Aufstand immer stärker in der polnischen Erinnerungskultur präsent ist.
01.08.2023	Das Verteidigungsministerium teilt mit, dass zwei belarussische Hubschrauber bei einer Übung den polnischen Luftraum verletzt hätten. Es habe sich um einen Vorfall in niedriger Höhe im Raum Białowieża (Nordostpolen) gehandelt. Die NATO sei informiert worden. Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak empfiehlt den Einsatz von mehr Soldaten an der polnisch-belarussischen Grenze und von Kampfhubschraubern.
01.08.2023	In ganz Polen wird des Beginns des Warschauer Aufstands 1944 gedacht, der sich gegen die deutsche Besatzung richtete. Der Aufstand dauerte 63 Tage und endete mit einer Niederlage.
02.08.2023	In der Gedenkstätte des ehemaligen deutschen Vernichtungslagers Treblinka findet eine Gedenkfeier zum 80. Jahrestag des Häftlingsaufstands statt.
03.08.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki trifft sich mit dem Präsidenten Litauens, Gitanas Nausėda, in Suwałki (Nordostpolen) zu Gesprächen über die Sicherheitslage an der Grenze von Polen, Litauen und Lettland zu Belarus, nachdem Soldaten der russischen privaten Söldnerarmee Wagner von Belarus aufgenommen worden waren. Morawiecki warnt vor einer realen Gefahr durch die Wagner-Soldaten in Belarus, die auf ca. 4.000 Personen geschätzt werden. Die Söldner könnten dafür eingesetzt werden, illegal Migranten aus Krisengebieten in die EU zu schleusen mit dem Ziel, dort die Lage zu destabilisieren, oder sie könnten selbst als Migranten in die EU eindringen, um Sabotageakte durchzuführen.
07.08.2023	Vizeinnenminister Maciej Wąsik teilt mit, dass Belarus in Zusammenarbeit mit Russland zurzeit Migranten aus Krisengebieten an die polnisch-belarussische Grenze bringe, damit sie illegal die Grenze zur Europäischen Union überqueren. Die von Polen gebaute Grenzbefestigung werde dabei zerstört und es gebe Übergriffe auf die polnischen Grenzschrützer. Im Juli hätten ca. 4.000 Personen versucht, die Grenze illegal zu überqueren. Der polnische Grenzschutz habe daher beim Verteidigungsministerium um die Entsendung von mehr Soldaten an die Grenze nachgesucht.
08.08.2023	Präsident Andrzej Duda legt den 15. Oktober 2023 als Termin der Parlamentswahlen (Sejm und Senat) fest. Mit der Bekanntmachung beginnt die offizielle Wahlkampfphase.
08.08.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki entlässt Gesundheitsminister Adam Niedzielski, nachdem Niedzielski im Nachrichtendienst Twitter persönliche Daten eines Arztes veröffentlicht hat.
09.08.2023	Die Außenminister Polens, Litauens, Lettlands und Estlands verurteilen in einem gemeinsamen Brief scharf die Fälschung der belarussischen Parlamentswahlen vor zwei Jahren, die Präsident Alexander Lukaschenko ermöglichte, im Amt zu bleiben. Die unterzeichnenden Staaten sagen den belarussischen demokratischen Kräften weitere Unterstützung zu.
10.08.2023	Präsident Andrzej Duda beruft die Ärztin und Sejmabgeordnete Katarzyna Sójka als neue Gesundheitsministerin.
10.08.2023	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak teilt mit, Polen habe das Angebot Deutschlands angenommen, dass die deutschen Patriot-Luftverteidigungssysteme bis zum Jahresende in Polen stationiert bleiben. Błaszczak hat im Juli Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius um eine Verlängerung der Stationierung in Zamość (Südostpolen) gebeten, die ursprünglich bis Jahresmitte vereinbart worden war und den polnischen Luftraum vor möglichen Übergriffen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine schützen soll.
11.08.2023	In Wejherowo findet die feierliche Eröffnung des Piaśnicki-Museums statt. Es befasst sich mit Verbrechen der deutschen Besatzung an der polnischen Bevölkerung und an Vertretern anderer Nationen während des Zweiten Weltkrieges in der Region Danzig (Gdańsk).
14.08.2023	Nach aktuellen Schätzungen der Polnischen Nationalbank (Polski Bank Narodowy – NBP) stieg der Warenexport aus Polen im Juni um 1,7 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und betrug 27.886 Mio. Euro. Der Warenimport belief sich auf 28.222 Mio. Euro und fiel um 5,8 %.

15.08.2023	Präsident Andrzej Duda nimmt an der zentralen Militärparade aus Anlass des Feiertags der Polnischen Armee in Warschau teil. In Anwesenheit von 2.000 Soldaten werden mehr als 200 Militärfahrzeuge und knapp 100 Militärflugzeuge präsentiert. In seiner Rede sagt Duda, Polen investiere aktuell mehr als 4 % des Bruttoinlandsprodukts in Verteidigungsausgaben. Insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sei es das Ziel, die polnische Armee und das Verteidigungssystem so zu stärken, dass niemand es wage, Polen anzugreifen.
16.08.2023	In einem Radiointerview im Sender Polskie Radio 1 warnt Vizeinnenminister Maciej Wąsik vor Provokationen vonseiten Belarus an der polnisch-belarussischen Grenze mit dem Ziel, die Lage in Polen zu destabilisieren und die Parlamentswahlen im Oktober in Polen zu beeinflussen. Verletzungen des polnischen Luftraums durch belarussische Hubschrauber vor wenigen Wochen habe der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko veranlasst, damit die polnische Opposition die Regierung in Polen kritisieren könne, sagt Wąsik. Für Lukaschenko sei es besser, wenn auf polnischer Seite »weiche« Akteure seien, als solche, die entschieden für die polnischen Interessen eintreten.
17.08.2023	Der Sejm stimmt mit 233 Ja-Stimmen bei 211 Nein-Stimmen und acht Enthaltungen für den Antrag der Regierung, am 15. Oktober zeitgleich mit den Parlamentswahlen ein Referendum durchzuführen. Für die Annahme des Antrags waren 227 Stimmen erforderlich. Die Fragen des Referendums lauten: Unterstützt du den Verkauf staatlichen Eigentums an ausländische Rechtssubjekte, der zu einem Kontrollverlust der Polinnen und Polen über strategische Wirtschaftssektoren führt? Unterstützt du die Anhebung des Rentenalters, die Rückkehr zum angehobenen Rentenalter von 67 Jahren für Frauen und Männer inbegriffen? Unterstützt du die Aufhebung der Barrieren an der Grenze der Republik Polen mit der Republik Belarus? Unterstützt du die Aufnahme Tausender illegaler Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika gemäß dem Zwangsmechanismus der Relokation, der von der europäischen Bürokratie auferlegt ist? Der vom Sejm verabschiedete Antrag geht nun an den Gesetzgebungsausschuss, der einen entsprechenden Sejmbeschluss entwirft. Dieser muss vom Sejm mit absoluter Mehrheit verabschiedet werden, damit das Referendum durchgeführt werden kann.
17.08.2023	Der Sejm stimmt für die als Bürgerprojekt eingebrachte Novelle des Schulgesetzes (243 Ja-Stimmen, 202 Nein-Stimmen, zwei Enthaltungen). Das sog. »Lex Czarnek 3.0« verbietet den Zugang zu Kindergärten und Schulen denjenigen Organisationen, die »Themen im Zusammenhang mit einer Sexualisierung der Kinder« behandeln. Zuvor hat der Sejm von Die Linke (Lewica) eingebrachte Korrekturen abgelehnt, die u. a. die Definition des Begriffes »Sexualisierung« verlangten. Auch die Forderung von Die Linke, dass der Kirche keine Sonderstellung beim Zugang zum Schulgelände eingeräumt werden solle, wurde abgewiesen.
18.08.2023	Nach aktuellen Angaben von Eurostat betrug die Inflation (nach dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex) im Juli in Polen 10,3 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (EU: 6,1 %). Polen hatte damit nach Ungarn und neben der Slowakei die höchste Inflationsrate in der EU.
23.08.2023	Präsident Andrzej Duda nimmt online am 3. Gipfeltreffen der Krim-Plattform teil, zu dem der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj eingeladen hat. Duda unterstreicht, dass Russland die widerrechtlich besetzte Krim an die Ukraine zurückgeben müsse und Russland hier keine Zugeständnisse gemacht werden dürfen. Es gelte, das internationale Recht, die territoriale Integrität und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung zu verteidigen.
24.08.2023	Der Haushaltsentwurf der Regierung sieht für das Jahr 2024 Einnahmen in Höhe von 683,6 Mrd. Zloty und Ausgaben in Höhe von 848 Mrd. Zloty vor (u. a. Ausgaben für Verteidigung 158,9 Mrd. Zloty, Gesundheitswesen 190 Mrd. Zloty, Familienunterstützung 92,3 Mrd. Zloty). Ausgegangen wird von einem Bruttoinlandsprodukt von 3 % und einer Inflationsrate von 6,6 % im Jahresdurchschnitt (2023: 12 %).
25.08.2023	Landwirtschaftsminister Robert Telus teilt mit, dass Polen, Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Ungarn ein gemeinsames Positionspapier zu landwirtschaftlichen Produkten aus der Ukraine erarbeitet haben und dem Rat der Europäischen Union vorlegen werden. Ihre Hauptforderung sei, dass das Importverbot für ukrainisches Getreide bis Ende des Jahres verlängert wird. Zurzeit gilt das Verbot bis zum 15. Oktober. Der Importstopp ist eine Reaktion auf den Preisverfall bei heimischem Getreide, der durch ukrainische Getreideimporte ausgelöst wurde. Infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gingen Getreidelieferungen vermehrt in die EU-Nachbarstaaten der Ukraine.
28.08.2023	Innenminister Mariusz Kamiński empfängt in Warschau die Innenministerin Litauens, Agnė Bilotaitė, und die Innenminister Lettlands und Estlands, Māris Kučinskis und Lauri Läänemets, zur Erörterung der Sicherheitslage an der belarussischen Grenze. In einer gemeinsamen Erklärung fordern sie die Regierung von Belarus auf, die russischen Wagner-Truppen aus belarussischem Gebiet abzuziehen und alle illegalen Migranten aus den belarussischen Grenzgebieten in ihre Herkunftsländer zurückzubringen. Auf Provokationen vonseiten Belarus und Russlands würden die vier Länder weiter angemessen reagieren, was die Möglichkeit der Schließung von Grenzübergängen nach Belarus einschließt, heißt es in der Erklärung.

29.08.2023	Bei seinem Besuch im unlängst gegründeten Artilleriestützpunkt in Olecko (Woiwodschaft Ermland-Masuren/województwo warmińsko-mazurskie) sagt Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, Polen verfolge gegenüber Russland eine Politik der militärischen Abschreckung mit dem Ziel, dass Russland Polen nicht überfalle. Daher werde die polnische Armee verstärkt im Bereich der Suwalki-Lücke stationiert. Die Suwalki-Lücke ist das Stück polnisch-litauischer Grenze, das zwischen der russischen Exklave Kaliningrad und Belarus liegt. Es ist die einzige Landverbindung der baltischen Staaten nach Polen und Westeuropa.
30.08.2023	Innenminister Mariusz Kamiński, Außenminister Zbigniew Rau und Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak halten in Usnarz Górny (Woiwodschaft Podlachien/województwo podlaskie) eine Beratung zur Lage an der polnisch-belarussischen Grenze ab. Die polnische Grenze sei von den polnischen uniformierten Diensten gut geschützt und bewahre Europa vor dem Chaos, das das russische und das belarussische Regime provozieren wollen, sagt Kamiński anschließend in einer Stellungnahme. Das Militärmanöver in Belarus, das am 1. September unter Beteiligung der russischen Streitkräfte beginnen soll, wertet er als Teil der psychologischen Kriegsführung gegenüber Polen. Er gehe davon aus, dass es sich nicht um ein großes Manöver handeln werde, da die russischen Truppen im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gebunden sind.
30.08.2023	Der Sejm beruft neun von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vorgeschlagene Personen für den Sonderausschuss zur Untersuchung russischer Einflussnahme auf die innere Sicherheit Polens in den Jahren 2007 bis 2022. Außer der PiS hat keine Fraktion und kein parlamentarischer Kreis Kandidaten benannt. An der Abstimmung nehmen die Abgeordneten der Opposition nicht teil. Die Konföderation (Konfederacja) stimmt gegen die Kandidaten der PiS. Kritiker werfen der Regierung vor, das Gesetz zur Einsetzung des Ausschusses »Lex Tusk« ziele insbesondere darauf, den ehemaligen Ministerpräsidenten und aktuellen Oppositionsführer Donald Tusk (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) politisch zu disqualifizieren.
01.09.2023	Vor dem Bildungsministerium in Warschau finden unter dem Motto »Zivilgesellschaftliche Lektion. Thema: Bildung ist das Wichtigste« von der Polnischen Lehrgewerkschaft (Związek Nauczycielstwa Polskiego – ZNP) organisierte Proteste gegen die Schulpolitik von Bildungsminister Przemysław Czarnek statt. Die Lehrer fordern die Reformierung der Lehrprogramme, deutliche Gehaltserhöhungen, Bürokratieabbau in den Schulen und mehr Wertschätzung gegenüber dem Lehrpersonal. An den Protesten nehmen ca. 4.000 Personen teil.
01.09.2023	Bei der Gedenkveranstaltung in Wieluń (Woiwodschaft Lodz/województwo łódzkie) zum 84. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Polen und Deutschland seien Partner in der Europäischen Union, aber um in Zukunft normal funktionieren zu können, müssten sie das schwarze Kapitel des Zweiten Weltkrieges abschließen. Polen fordere nicht nur Gedenken und Wahrheit, sondern auch Wiedergutmachung vonseiten Deutschlands in Form von Reparationen.
03.09.2023	Aus dem Studio von TVN 24 wird im Rahmen des Wahlkampfes für die Sejmwahlen am 15. Oktober eine Diskussion u. a. zu den Themen Rente, Rechte von Frauen und LGBT-Personen, achtjährige Regierungszeit von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und erste Gesetzesvorhaben in der kommenden Legislaturperiode gesendet. Anwesend sind jeweils ein Vertreter oder Vertreterin der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), von Die Neue Linke (Nowa Lewica), Dritter Weg (Trzecia Droga) und der Konföderation (Konfederacja). Die PiS hat ihre Teilnahme abgelehnt.
04.09.2023	Zur Eröffnung des Schuljahres 2023/24 besucht Przemysław Czarnek, Minister für Bildung und Wissenschaft, eine Förderschule in Węgrów (Woiwodschaft Masowien/województwo mazowieckie). Er hebt die spezialisierte Ausstattung von Förderschulen und die Fachkompetenz ihrer Lehrer hervor. Die Regierung investiere in den Bau und die Modernisierung von Förderschulen, um der »absurden und ideologischen Politik des inklusiven Bildungskonzepts ein Veto zu erteilen«, so Czarnek.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2023 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

X, TWITTER, TWEET, RETWEET und das X Logo sind eingetragene Markenzeichen von X-Corp. oder angeschlossenen Unternehmen.